

Rede zur Verabschiedung des Haushalts 2019

SPD Fraktion

Frank Mederlet

[Es gilt das gesprochene Wort]

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Kolleginnen und Kollegen,

ich will zunächst den Männern und Frauen in der Stadtgesellschaft danken, die durch ihr ehrenamtliches Wirken wesentlich dazu beitragen, dass gesellschaftliches Zusammenleben und Miteinander funktioniert. Ob in der Integration, in der Inklusion, im Sport, der Musik, den Kirchen oder der Wohlfahrt – das Ehrenamt ist der Kit des Zusammenhalts, der eben auch das Wirken von Rat UND! Verwaltung maßgeblich unterstützt.

Ich danke für die SPD-Fraktion aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung für ihren Einsatz. Insbesondere ist die kollegiale Zuarbeit von und mit Kämmerer Herbert Willms und seinem Team hervor zu heben. Menschlich, sachlich und fachlich fundiert, war das wieder einmal auch bei diesen Haushaltsberatungen für uns alle ein Gewinn und durchaus auch ein Motivationsfaktor, die nicht unbedingt krimireife Materie Haushalt durchzuarbeiten. Vielen Dank.

FINANZEN

Auch der Haushalt 2019 mit rund 63 Mio in den Aufwendungen hat die Balance zwischen Erfüllung gesetzlich verpflichtender Aufgaben, notwendigen Grundangeboten der Daseinsfürsorge und der Schwerpunktsetzung von Inhalten auf der Grundlage politischer Implikationen und einem politischen Verständnis von Steuerungswillen vor Ort, zu halten.

Zum ‚Balance halten‘ gehört es auch, Einnahmen und Ausgaben auf den Prüfstand zu stellen. Und natürlich ist es politische Steuerungsaufgabe den Haushaltsausgleich 2020 hin zu bekommen.

Was die überregionalen Rahmenbedingungen angeht , so will ich mich kurz fassen. **Das Land** hat noch nicht die Unterstützung der Kommunen zum Schwerpunkt ihrer Politik erklärt, geschweige denn umgesetzt. Die Backen wurden aufgeblasen, aber auf das Pfeiffen warten wir noch. So wundert es auch nicht, wenn die angekündigte Verbesserung für die Kitas bedeutet, dass das Land vorgibt mehr Geld zu geben , aber am Ende die Kommunen die Lasten zu tragen haben. Für Wipperfürth im 6-stelligen Euro Bereich. Kommunalfreundlich ist anders.

Was den **Oberbergischen Kreis** angeht, erlaube ich mir den CDU Bürgermeister aus Lindlar zu zitieren- Dr. Georg Ludwig „Der Kreis hat den Spargedanken nicht verinnerlicht“, (so Ludwig) allein für 2019 seien dort 44 neue Stellen geplant. Und zudem werbe der Kreis den Kommunen auch noch gute Mitarbeiter ab“ heißt übersetzt – der Kreis könnte mehr für die kreisangehörigen Kommunen tun – so ein CDU Bürgermeister. Andere der SPD nicht nahestehende, unverdächtige Zeugen ließen sich für die Skepsis gegenüber dem Kreis bequem finden.

Der Bund bewegt sich – seien wir optimistisch, dass zB der gefundene Kompromiss in Sachen ‚Digitale Bildung‘ unserer Stadt mehrere hunderttausend Euro Zuschuss für die Schulen bringt und die Umsetzung unseres Medienentwicklungsplans mit 1.3 Mio Euro deutlich erleichtert und den HH entlastet.

Unser Haushalt ist auf Kante genäht. Das wissen alle. Die schwarze Null für 2020 ist Maxime des Handels – nicht als Selbstzweck, sondern als Ziel, um soviel als möglich an eigener Gestaltungsmöglichkeit, an eigenen Schwerpunktsetzungen des Rates, zu bewahren und uns nicht dem Diktat der Kommunalaufsicht zu unterwerfen.

Die Erhöhung der **Grundsteuer B** um 40 Basispunkte beschäftigt uns seit Jahren. Bürgermeister und Kämmerer kommen zu dem Ergebnis, dass die Erhöhung unumgänglich ist. Nicht weil sie gerne Steuern erhöhen, sondern weil sie vor dem Hintergrund verschiedener Unwägbarkeiten lieber eine sicherere Einnahme empfehlen.

Wir reden über rund 285.000.- Euro Einnahme pro Jahr. Gebühren und Steuern zu erhöhen ist nie populär.

Dieses Thema ist aber ein gutes Beispiel für die praktische Anwendung Kommunalen Demokratie – Ja, wir als Stadt könnten das Geld gut gebrauchen zur Finanzierung verschiedener kommunaler Projekte. Wir müssen daher die Argumente vor unserer Entscheidung abwägen.

In der Prognose endete der Haushalt 2020 bei Erhöhung der Grundsteuer mit einem Überschuss von rund +57.000.- Euro in 2020 **Oder** folgt der Rat dem Vorschlag einer globalen Minderausgabe von 10 Prozent für den Haushalt 2019 – das macht weniger Ausgaben von 250-300 TE pro Jahr aus und führt das zu einem Überschuss von 37.000.- Euro in 2020. Übrigens kommt hinzu, dass für 2021 ein Überschuss zwischen 1,3. und 1,6 Mio Euro angenommen wird.

Hier gilt das alte Sprichwort von Churchill oder Tucholsky „Prognosen sind äußerst schwierig , vor allem wenn sie die Zukunft betreffen“ . Wir wissen zB nicht wie sich die Gewerbesteuer real entwickelt – Bricht sie ein , lösten auch 285 TE Einnahme nicht das Problem; oder besinnt sich das Land doch noch kommunalfreundlichere Beschlüsse zu fassen? Bekommen wir mehr Geld...Hilft der Bund den Kommunen mehr bei der Bewältigung der Kosten usw usw. Je nach dem an welcher Schraube gedreht wird, ändert sich das Bild vom einen auf den anderen Moment ...

In der Abwägung, in Ausübung der politischen Gestaltungskraft unserer Kommunalen Selbstverwaltung, kommt die SPD Fraktion zu dem Ergebnis, **dass wir in 2019 die Hebesatzerhöhung aussetzen, wir unseren Handlungsspielraum nutzen** und das Geld den Bürgerinnen und Bürgern im Portemonnaie lassen.

Gewiss werden wir auch in Zukunft versuchen, Hebesatzerhöhungen zu verhindern. Wir sagen aber auch, dass Hebesatzerhöhungen in der Zukunft wahrscheinlich unumgänglich sein werden. Ob Gewerbesteuer und auch die Grundsteuern B und A - Wichtig ist uns dabei, dass nicht einzelne Bevölkerungsgruppen dabei bevorteilt werden und andere das dann zu kompensieren haben. Die CDU/FDP Formel Fläche= Gewerbesteuererinnahme ist leider nicht so schlicht wie die Behauptung. Und zur Ehrlichkeit gehört hinzu, dass es ja der Rat selbst ist, der mit Ausgabeentscheidungen zb Windelsackcontainer, Schülerspezialverkehr und anderes dazu beiträgt dass die Finanzdecke eng wird. Das ist nicht die Verwaltung und der BM.

Die globale Minderausgabe für 2019 erfordert sowohl in allen Bereichen der Verwaltung eine strenge Ausgabendisziplin wie auch beim Rat moderatere Erwartungen bei der Umsetzung zB von Reparaturstaus.

(Und lassen Sie mich auch noch einmal grundsätzlich zum Ausdruck bringen: Wir von der SPD wollen einen starken Staat, wollen starke Kommunen, die Geld in Dienstleistungen investieren, für die Daseinsfürsorge, sowie Mobilität, für attraktive Bildungsangebote, für gute Schulen, für ausreichend viele und qualitätsvolle Kindertageseinrichtungen, eine qualifizierte Infrastruktur mit Straßen, Brücken, Wohnungen und anderem mehr.)

Familienfreundliches Wipperfürth

Für uns als SPD gehört zum Kern sozialdemokratischer Kommunalpolitik Rahmenbedingungen für eine familienfreundliche Stadt zu schaffen.

Bewußt setzen wir daher auch Schwerpunkte kommunaler Ausgaben

- für dezentrale Grundschulstandorte, mit der Folge von zB höheren Fahrtkosten
- in qualifizierte Schulraumangebote mit digitaler Ausstattung, in bedarfsgerechte Übermittageangebote , dazu gehört auch das EvB Gymnasium mit dem gebundenen Ganzttag – wir stehen zu den Beschlüssen und sind überzeugt, dass ein Ganzttagsgymnasium in der Region für den Standort Wipperfürth spricht – und auch Vertrauen wir weiterhin dem pädagogischen Angebot und dem Management der Schule. Das alles hat auch damit zu tun die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, nicht zuletzt für Alleinerziehende zu verbessern.
- Ein bedarfsgerechtes Angebot an Kitaplätzen, in jedem betreffenden Alter, ein funktionierendes Tagesmütternetzwerk, qualifizierte und nachfrage- und bedarfsgerechte Übermittageangebote, eben weil alle auch als Bildungseinrichtungen zu begreifen sind, sind zentrale Bausteine für den Markenkern Familienfreundlichkeit für Wipperfürth

Und ich füge hinzu : Für die SPD **bleibt es politisches Ziel, eine kostenfreie KiTa ebenso zu verwirklichen wie ein gebührenfreies OGS Angebot.**

Bildung sollte nicht nur in der Schule kostenfrei sein, sondern eben auch von Geburt an in allen Bildungsinstitutionen. Warten wir ab, was aus dem Versprechen der Landesregierung zur Gebührenfreiheit wird. Die SPD fordert weiterhin die generelle Abschaffung der Elternbeiträge. Sie sehen ja wie unterschiedlich allein im Oberbergischen Kreis die Elternbeiträge sind , die die Eltern belasten. In NRW schwankt der Betrag zwischen 0 und mehreren hundert Euro im Monat. Das ist ungerecht und darf nicht so bleiben.

Ich kündige bereits an, dass wir in Wipperfürth in diesem Jahr das Thema **„Geschwisterkinderbeiträge“** auf die Tagesordnung der Beratungen setzen werden. Wir wollen, dass da Bewegung herein kommt , auch im Sinne von mehr Familienfreundlichkeit.

Wir freuen uns über die Erfolge unserer Initiativen zu den Themenfeldern:

(Beispielfhaft seien erwähnt)

- **Gesundes Mittagessen** und Kosten in KiTa und OGS
- Initiative für **Fair Trade Kommune**
- **Außenbecken WLS Bad** endlich realisiert
- **Inklusion** – herzlich Willkommen dem **Inklusionsbeirat**. Sie sind uns eine wertvolle Bereicherung unserer Diskussionen
- **Integrationskonzeption** – Der Einstieg in die Umsetzung ist gut – ich bedanke mich bei den anderen Fraktionen für die Unterstützung **unserer Initiative die Gefahr des ‚kalten abrupten Ende‘** der vom Rathaus externen Flüchtlingsberatung der Ökumenischen Initiative abzuwenden , wie sie die Verwaltung leider mindestens billigend in Kauf genommen hatte.

Wir brauchen das Ehrenamt auch und gerade in diesem Bereich für den Zusammenhalt in unserer Stadt. Ehrenamt vor den Kopf stoßen und demotivierend , und nicht hilfreich. Ich bin optimistisch, dass gemeinsam mit allen Beteiligten ein Weg gefunden wird und verweise auf den einstimmigen Beschluss im ASS.

Viele andere Bausteine ließen sich noch für Familienfreundlichkeit erwähnen zB die Angebote der Sport- , Musik- und Kulturvereine – übrigens was ist eigentlich aus der von Bürgermeister MvR zum 2018ner Haushalt angekündigten Bedeutung der Kultur/weicher Standortfaktoren geworden ? Ich habe außer der Ankündigung nichts mitbekommen. Null Initiative in der Folge. Wohl eine zerplatze Seifenblase.

Klar ist: Ist unsere Stadt unattraktiv für Familien, werden wir noch weiter schrumpfen. Daher gilt es für die SPD Fraktion, dass in vielen Politikfeldern die Familienfreundlichkeit immer mit zu denken und entsprechend politisches Handeln auszurichten ist.

Stadtentwicklung

Lassen Sie mich einen weiteren Themenkomplex ansprechen. Alles das, was mit Bauen, Planen, Wohnen, Lokaler Wirtschaftspolitik , Stadtentwicklung zu tun hat.

Wir haben die Erarbeitung einer **Gemeindeentwicklungskonzept** einschließlich der Dorfentwicklungen für Wipperfürth beschlossen. 540 TE werden in den nächsten Jahren hierfür bereit gestellt, sofern der Haushalt eine Mehrheit findet. Das ist auch ein Zeichen politischer Priorität.

Für die SPD ist klar : von Anfang an müssen die Bürgerinnen und Bürger eng eingebunden sein – im Stadtkern wie auch in allen Dörfern. Nur gemeinsam können wir unsere Potentiale identifizieren und Entscheidungen auf den Weg bringen, die gebraucht werden, um Menschen es leichter zu machen sich für Wipperfürth als ihr zu Hause zu entscheiden.

Menschen, die sich bekennen : Hier will ich wohnen, hier will ich einkaufen , hier will ich leben und am besten noch hier kann ich arbeiten.

Allerdings kann ich Ihnen Herr Bürgermeister und Ihrer Verwaltung nicht den Vorwurf ersparen, dass wir schon viel weiter sein könnten, hätte die Verwaltung die einstimmig vom Rat gefassten Beschlüsse, auf Antrag der SPD, beherzt und mit Engagement angepackt und umgesetzt.

Wir haben **kein Beschlussdefizit**, sondern wir haben ein **Umsetzungsdefizit**.

Die Aufträge an die Verwaltung betrafen unter anderem : die Grundlagenermittlung von Wohnbau- und GewerbeFlächen, Perspektiven für Entwicklungsstrategien auf Grundlage des FNP zu erarbeiten, ein Runder Tisch für Wohnungsbau...und weiteres mehr.
Wir brauchen Flächen und wir brauchen Wohnungsbau.
Das war weder ein Beleg für Wollen, noch Können, geschweige denn Machen.
Die Jahre 2016, 2017 und 2018 waren im Hinblick auf Strategieentwicklung in diesen Punkten verlorene Jahre.

Für dieses Jahr sind die Erwartungen hinsichtlich der Flächenentwicklung bis hin zur Entwicklung rechtskräftiger Bebauungsplänen für Wohnen und Gewerbe durch Ankündigungen der Verwaltung hoch geschraubt. Von 32 ha ist die Rede. Wir werden Sie an Ihren Aussagen messen.

Die Kommunalgespräche zur Regionalplanung sind abgeschlossen. Wir warten mit Spannung auf die Präsentation der Ergebnisse. Flächen sind nun einmal unabdingbare Voraussetzung für die gewerbliche wie die wohnbauliche Entwicklung unserer Stadt.

Wir fordern weiterhin die Vorlage einer Perspektivplanung aus einem Guss – Die Verwaltung hat die Beschlüsse vorzubereiten, im optimalen Fall mit Varianten.
Die Entscheidungen, wo, was, mit welcher Priorität und auch mit Veränderungen am FNP angegangen wird, entscheidet der Rat. Wir wollen dabei kein Stückwerk, sondern ein Abwägungsfähiges Gesamtkonzept.

INHK/ Citymanagement

Das INHK schreitet weiter voran. Wir sind nach wie vor optimistisch, dass das INHK mit seinen zahlreichen Maßnahmen , mit den Investitionen von rund 15 Mio Euro erforderlich und richtig war und für unsere Stadt, für die Bürger*innen und den Handel, Perspektiven gibt, die es ohne INHK nicht gegeben hätte.

Oder um es mit Albert Einstein zu sagen : „Die reinste Form des Wahnsinn ist's, zu glauben, alles beim alten zu belassen und gleichzeitig zu hoffen, dass sich etwas ändert“. Albert Einstein 1934

Deshalb betone ich noch einmal - Veränderung war und ist erforderlich.
Natürlich muss das Baustellenmanagement optimiert werden, muss dem Eindruck „ es geht zu langsam“ entgegen gewirkt werden.

Noch viele bedeutende Maßnahmen stehen, außer dem Marktplatz, an. Kreisverkehre vor der Polizei, beim Blechmann (außerhalb des INHK) , Stursbergsecke und besonders der ZOB, und ich will auch dieses Mal nicht unerwähnt lassen, dass ein Kreisverkehr an der Gaulstraße/Ringstraße perspektivisch ins Auge gefasst werden muss.
In puncto smart city/ Digitalisierung sind wir etwas voran gekommen. Ich will nicht nachfragen, was eigentlich aus der avisierten Teilnahme an einem Wettbewerb „Digitale Stadt /Smart City“ geworden ist? Gehört haben wir davon nie wieder etwas.

Darüber hinaus steht die Entwicklung der Gestaltungssatzung an . Der Auftrag wurde jüngst vergeben – ich erinnere, dass der Rat sich schon 2014 , auf Antrag der SPD, mit dem Thema Gestaltungssatzung befasste.

Citymanagement – Leerstandsmanagement – Geschäfte in der Stadt Kooperation mit dem Handel

Gestaltungssatzung ist wichtig – das hat ja mit Optik, mit Wohlfühlen und Identität zu tun.

Viel wichtiger ist aber die Frage. Wie bekommen wir es beispielsweise hin

- dass sich der Leerstand reduziert?
- dass zB Eigentümer bereit sind sich zB bei ihren Mietpreisvorstellungen auf die Realität einzulassen?
- dass „start ups“ mit Geschäftsideen nicht direkt am Geld scheitern und Mut und kreative Geschäftsideen eine Chance bekommen?
- dass kreative und innovative Ideen entwickelt und am besten eine Chance auf Realisierung haben

Das kann die Stadt/die WEG nicht alleine, das können die Eigentümer nicht alleine, das können viele Geschäftsideenhaber nicht alleine. Hier ist Kreativität und Gemeinsamkeit gefragt.

Es gibt ja schon Ansätze von Citymanagement und Hilfsangeboten mit der WEG und Frau Kausemann. Wir dürfen da aber nicht stehen bleiben – Leerstandsmanagement muss aktiver, muss engagierter angegangen werden. Und natürlich brauchen wir auch verlässliche Anprechpartner beim Handel. Es macht uns alle betrübt, welche Entwicklung der einstmal stolze und engagierte ESW genommen hat.

Wir wollen mit unserem Antrag erreichen, dass wir – Stadt und WEG- Antreiber sind mehr zu tun

- Wir wollen einen längst überfälligen Runden Tisch im größeren Stil. Alle an einen Tisch- Handel, Eigentümer, interessierte Bürger*innen, Institutionen
- Wir wollen auch, dass überlegt wird, was konkret getan werden kann –kurzfristig, mittelfristig, langfristig. Mitunter auch mit finanziellen Anreizen
- Schauen Sie sich an was zB Langenfeld (future City) oder Wittlich(Rheinland Pfalz) mit dem Projekt ALWIN ins Leben gerufen haben
- Natürlich ist nichts ist 1 zu 1 übertragbar – aber wir müssen loslegen – wir müssen auch Erkenntnisse aus der Fortschreibung Einzelhandelsgutachten (Standortuntersuchung) aufgreifen und Handeln.
- Eine schöne Innenstadt, die kaum noch aufgesucht wird, reicht nicht. Wir wollen denen Mut machen, die ihre Geschäfte durch die schwere Zeit des Umbaus managen, die nicht verzagten und die optimistisch bleiben.
- Wir wollen Mut machen und signalisieren - ja wir wollen Helfen, wir wollen einen starken Handel, wir wollen Vielfalt der Geschäftsangebote und wir wollen Cafes und Restaurants ...

Maxime ist: Wir WOLLEN und Wir MACHEN

Ein andere Aspekt ist noch das Thema - Die Stadt als Dienstleister. Der Gedanke muss sich noch mehr durchsetzen. Die Stadt als Servicestelle für die Bürger*innen- Nehmen wir zB die Öffnungszeiten von WLS Bad und der Bücherei. Diese Bürgerangebote müssen dann offen sein, wenn die potentiellen Kunden, die Nutzer frei haben.

Und auch meine ich das Bauamt. Wir werden in nächster Zeit das Thema Bauamt Servicestelle für die Bürger*innen in Ausschüssen aufgreifen und natürlich auch hinterfragen, was denn aus den Versprechungen des „Alles wird besser“ von Bürgermeister und Beigeordneten im Zuge der Stellenplanänderung geworden ist ?

Erwähnen will ich aber auch noch das **RGM** – Diese interkommunale Einrichtung ist Dienstleister gegenüber der Stadt – Das Signal im Antrag der CDU an den Lenkungskreis unterstützen wir. Die gefühlte Lethargie und das oft praktizierte Schneckentempo muss ein Ende haben. Mehr Verlässlichkeit erwarten wir vom Dienstleister.

Zur Stadtentwicklung gehört gewiss auch der **Klimaschutz** – ein herzliches Willkommen und auf gute Zusammenarbeit mit der neuen Klimaschutzmanagerin – Wenn auch schon einige Jahre alt, so gibt es viel zu tun in der Umsetzung des **Klimaschutzkonzeptes**.

Damit verbunden ist aber auch das Thema **Mobilität**. Ich verweise hier auf die diversen Initiativen der SPD Fraktion im Rat und Fachausschuss. Mobilität ist konkrete Gesellschaftspolitik. Sie hat zu tun mit Fortbewegung ebenso wie mit Teilhabe am gesellschaftlichen Leben wie aber der Gemeindeentwicklung. Wir wollen eine Mobilitätsoffensive – wir wollen ein **Mobilitätskonzept** für Wipperfürth und wir wollen auch möglichst viel von der Regionale 2025 partizipieren. Beschlüsse mit Aufträgen an die Verwaltung gibt es ja durchaus jetzt schon.

Schluss

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit, lege Ihnen die Unterstützung unserer Anträge ausdrücklich nahe.

Ob es den Bürgermeister interessiert oder auch nicht, was mit dem Haushalt passiert, wie sich die Fraktionen positionieren, ob es überhaupt eine Mehrheit gibt, entzieht sich meiner Kenntnis. Erkundigt hat er sich zumindest bei der SPD nicht. „Von wegen einfach mal zum Hörer greifen“, sein Rezept, was er anderen vorschlägt, scheint ihm für sich fremd zu sein. Und das beim zentralsten Thema der Kommunalpolitik – dem Haushalt.

Ob der Bürgermeister, die Verwaltungsspitze überhaupt ein Kommunikationskonzept hat/haben oder nicht, weiß ich nicht. Ich weiß aber sehr wohl, falls es eines geben sollte, dass es dann auch so umgesetzt werden muss, dass nach innen – das ist der Rat – wie auch nach außen – das ist die Öffentlichkeit, gespürt wird, dass es eine Strategie gibt. Beim Aufregerthema „Grauwacke“ ist das offensichtlich über lange Zeit nicht gelungen. Das war allenfalls gut gemeint – aber nicht gut gemacht. Wie insgesamt die Informationspolitik weiterhin deutlich Luft nach oben hat.

Für die Zukunft wünschen wir uns – Mehr Gelassenheit – eine Amtsangemessene Souveränität von Bürgermeister und Beigeordnetem – und überhaupt, dass die Wahrnehmung der gewählten Dezernatszuständigkeiten und Verantwortlichkeiten nach innen wie nach außen auch spürbar werden.

Die SPD-Fraktion ist bereit in schwieriger Verantwortung mit zu übernehmen.
WOLLEN - KÖNNEN - MACHEN

Wir haben aus sozialdemokratischer Sicht Schwerpunkte genannt und Anträge eingebracht. Insbesondere in den Bereichen Familienfreundliche Stadt, Strategie der

Stadtentwicklung, Citymanagement und Mobilität werden uns auch weiterhin verstärkt einbringen.

„Die Politik bedeutet ein starkes, langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich. Es ist ja durchaus richtig, und alle geschichtliche Erfahrung bestätigt es, daß man das Mögliche nicht erreichte, wenn nicht immer wieder in der Welt nach dem Unmöglichen gegriffen worden wäre. Max Weber, (1864 - 1920)

Und manchmal muss man auch schneller und tiefer Bohren

Mit den Veränderungen werden wir dem Haushalt zustimmen.
Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

FM Konzept 26.02.19